

von
Erwin
Quiñones
Übersetzung
von Cornelia
Müller.

Die einzige Alternative

Der Einsatz für ein neues Bergbaugesetz aus der Zivilgesellschaft

Der Autor ist nationaler Koordinator des Netzwerkes Sites of Struggle-YamangBayan (SOS-YB) und arbeitet für das Legal Rights and Natural Resources Center – Friends of the Earth Philippines

Die Alternative Gesetzesvorlage für den Umgang mit Bodenschätzen (*Alternative Minerals Management Bill – AMMB*) ist ein weltweiter Meilenstein. Die Bemühungen der philippinischen Zivilgesellschaft sind vielfältig, sie tragen Früchte und warten nur darauf endlich geerntet zu werden.

Der 15. Kongress des Oberen (Senat) und Unteren Repräsentantenhauses wird sich bald vertagen, ohne ein neues Bergbaugesetz verabschiedet zu haben – trotz weitreichender lautstarker Forderungen aus verschiedenen Bereichen. Das Nationale Komitee für Bodenschätze hat nach einer Reihe von Zusammenkünften von Komitee und technischen Arbeitsgruppen lediglich eine konsolidierte Gesetzesvorlage hervorgebracht.

Von BefürworterInnen wird das vorgeschlagene Rahmenkonzept als Alternative Gesetzesvorlage für den Umgang mit Bodenschätzen (*Alternative Minerals Management Bill – AMMB*) bezeichnet. Diese Gesetzesvorlage soll das gültige Bergbaugesetz von 1995 (Republikgesetz RA 7942) ersetzen, welches die Förderinteressen transnationaler Bergbauunternehmen in hohem Maße begünstigt. Durch die Inkraftsetzung einer nachhaltigen, rationalen und bedürfnisorientierten Gesetzgebung zum Umgang mit Bodenschätzen soll die Schonung nicht-erneuerbarer Rohstoffe zum Wohle der gegenwärtigen und zukünftigen Generationen der philippinischen

Bevölkerung forciert werden. Im Kern geht es um das Prinzip menschlicher Entwicklung durch eine effiziente Nutzung von Bodenschätzen hin zu einer ökologisch gesunden nationalen Industrialisierung und Modernisierung der Landwirtschaft.

Ein Grundbaustein: die Dapitan Initiative

Der Grundstein der Alternativen Gesetzesvorlage für den Umgang mit Bodenschätzen (AMMB) wurde im Jahr 2002 gelegt. In Dapitan, Zamboanga del Norte, auf der südlichen Insel von Mindanao, fand eine Zusammenkunft von indigenen Bevölkerungsgruppen und Aktivisten für die Rechte und den Lebensraum indigener Völker statt, die die wachsenden negativen Einflüsse groß angelegter Bergbauprojekte auf das Land zum Thema hatte. Diese Zusammenkunft kulminierte in einen Aufruf zum Handeln, der als die »Dapitan-Initiative« bezeichnet wurde und ein neues Rahmenkonzept ins Leben rief, das nun zentraler Angelpunkt des AMMB ist.

Die »Dapitan-Initiative« ist auch in der Erklärung der Zusammenkunft verkörpert, in der es heißt: »Jeder sollte einen Teil der Last tragen und seinen Bedarf an Ressourcen in erster Linie durch Wiederverwendung und Recycling bestehender mineralischer Rohstoffe und Produkte decken. Bei der Nutzung von Land und

SOS YB Vorsitzende präsentieren ihre Grundsatzpapiere während einer Reihe von Anhörungen im Kongress vor dem Komitee für Bodenschätze.





SOS YB Mitglieder starten eine Karawane von Bayombong, Nueva Vizcaya (Luzon), wo sie auf ihrem Weg nach Manila von tausenden Menschen begleitet wurden.

Wasser sollte die Sorge um Lebensmittelsicherheit an oberster Stelle stehen. Von Priorität sind hierbei ebenfalls schadstofffreie Lebensmittel, Produktion für den Lebensunterhalt, ökologisches Gleichgewicht, Gleichheit und soziale Gerechtigkeit. Es sollte nur Gebrauch von solchen Ressourcen gemacht werden, die für den inländischen Bedarf und die nationale Industrialisierung notwendig sind. Wir sollten unsere eigenen Humanressourcen entwickeln und die Entfaltung eigener angepasster Technologien stärken. Das Ressourcenmanagement sollte hierbei vordringlich in der Verantwortung und im Besitz der Gemeinschaft liegen und auch gemeinschaftlich geplant werden. Es sollten keine Kompromisse hinsichtlich Menschenrechte, Würde und gemeinschaftlicher Identität eingegangen werden.«

Die zentralen Anliegen

Darüber hinaus forderte die Zusammenkunft die sofortige Kündigung aller bestehenden Abkommen über finanzielle und technische Unterstützung (FTAA), Abkommen über die gemeinsame Gewinnung von Bodenschätzen (MPSA), Explorationsgenehmigungen sowie anderer Bergbaulizenzen, -abkommen und sonstiger Instrumente, da diese durchweg auf einem extrem fehlerhaften System basieren; die Abschaffung von RA 7942 (Philippinisches Bergbaugesetz), RA 7076 (Kleinstbergbaugesetz), des Präsidentenerlasses PD 463 sowie aller weiteren Gesetze, die mit der Unterdrückung des Volkes in Verbindung stehen; ein Moratorium zur Vergabe umfangreicher Bergbaugenehmigungen, -lizenzen, -abkommen und sonstiger Instrumente für die nächsten hundert Jahre; die Rehabilitation und Aufbereitung von Bergbau-

revieren sowie die Haftung von Bergbauunternehmen für verursachte Zerstörungen; Einhaltung der Arbeitnehmerrechte; sowie Verbannung staatlicher und von privater Seite geförderter bewaffneter Truppen aus aktuellen oder zukünftigen Bergbaugebieten.

Seit der »Dapitan-Initiative« sind Jahre mühevoller Beratungen ins Land gezogen, und es ist viel Papier verbraucht worden. Es wurden Diskussionen mit Basisgemeinschaften indigener Bevölkerungsgruppen und Bewohnern ländlicher Gebiete geführt, die unmittelbar von Bergbauaktivitäten betroffen und sowohl Zeugen als auch Opfer der Verwüstung wurden, die die aktuelle Bergbaupolitik der Regierung hervorgerufen hat. Es wurden sektorübergreifende Organisationen, Bürgerinitiativen und kirchliche Gruppen angehört sowie Diskussionen und Beratungen mit BergbauexpertInnen und GeologInnen, WirtschaftswissenschaftlerInnen, AnthropologInnen, politischen EntscheidungsträgerInnen, ForstarbeiterInnen und Verantwortlichen aus dem Gesundheitswesen geführt. Im März 2009 wurde der erste Gesetzesvorschlag, in der Folge AMMB genannt, im philippinischen Kongress eingereicht.

Das Netzwerk und ihre Arbeit

AMMB befürwortet das Netzwerk *SOS-YamangBayan* und sorgte dafür, dass es zum Flaggschiff der nationalen Kampagne wurde. Diese sektorübergreifende Bewegung besteht aus vom Bergbau betroffenen Gemeinden, diversen nationalen und regionalen Volksgruppenbündnissen, Umweltorganisationen und -netzwerken, kirchlichen Organisationen, Menschenrechtsorganisationen,

nationalen Nichtregierungsorganisationen, branchenspezifischen Organisationen indigener Bevölkerungsgruppen, Jugendlichen, Frauen, Bauern, Kongressabgeordneten, bekannten FührerInnen und Persönlichkeiten, die für die Aufhebung des Bergbaugesetzes von 1995 und die Einsetzung des AMMB eintreten. Das Zentrum für Rechtsansprüche und Bodenschätze hat dabei die Funktion des Netzwerk-Sekretariats übernommen.

SOS-YamangBayan arbeitet mit lokalen AMMB-Kampagnenzentren in verschiedenen Regionen zusammen. Die Kampagnenzentren sind federführend verantwortlich für die Durchführung von AMMB-Informationsveranstaltungen mit indigenen Organisationen, lokalen Regierungseinheiten sowie deren zuständigen Distriktabgeordneten, vor allem in vom Bergbau betroffenen Gemeinden. In verschiedenen Provinzen wurden bereits Trainingsmaßnahmen durchgeführt, um die Kompetenzen der AMMB-BefürworterInnen im Bereich Kampagnenmanagement und Lobbyarbeit zu stärken.



Der Koordinator des Netzwerkes SOS YB, Gerry Arances, referiert auf einer Vollversammlung im Mai 2012.

SOS-YamangBayan organisierte verschiedene Aktivitäten innerhalb und außerhalb des Kongresses, auf den Straßen, in Konferenzräumen und Bergbaugemeinden, um seinen Forderungen Nachdruck zu verleihen. All diese Anstrengungen machten sich schließlich bezahlt. In seiner Rede zur Lage der Nation von 2012 äußerte sich Präsident Aquino besorgt über die Auswirkungen der Bergbauaktivitäten. In der Folge wurde die Anordnung des Präsidenten EO 79 erlassen, die zunächst das Moratorium zur Ausstellung von Bergbaugenehmigungen nach sich zog und einige der zentralen Regelungen des AMMB berücksichtigte.

In seiner Stellungnahme forderte SOS-YamangBayan die Regierung heraus und appellierte weiterzugehen, als nur EO 79 zu erlassen und das Bergbaugesetz von 1995 anzupassen. Stattdessen sollte sie ein neues Gesetz verabschieden, das formell die Belange und Probleme regelt, die die vom Bergbau betroffenen Gemeinden schon lange anprangern – Menschenrechtsverletzungen, außergerichtliche Tötungen, Verstöße gegen die freiwillige

Einwilligung nach erfolgter Aufklärung (*Free Prior Informed Consent*, FPIC) indigener Gemeinden und Umweltzerstörungen.

Auf die Beine gestellt

Im Oktober 2012 startete SOS-YamangBayan einen nationalen Umzug, um die Forderung nach Abschaffung des Bergbaugesetzes und Einsetzung des AMMB landesweit zu verbreiten. Der Umzug begann nördlich von Luzon in Bayombong, Nueva Viscaya, setzte sich südlich nach Nueva Ecija, Pampanga, und Bulacan fort, bis er schließlich in der Hauptstadt Manila ankam. Tausende nahmen an diesem Umzug teil und unterstützten ihn. Höhepunkte waren Kundgebungen vor dem Zentralen Büro des Ministeriums für Umwelt und Bodenschätze (DENR), dem Kongressgebäude und dem Büro des Präsidenten, dem Malacañang-Palast.

Diese massiven öffentlichen Unterstützungsmaßnahmen stärkten die Entschlossenheit der AMMB-VerfechterInnen im Abgeordnetenhaus, dem Unterhaus des Kongresses, das Nationale Komitee für Bodenschätze nachhaltig dazu zu drängen, regelmäßige Treffen und Beratungen zur AMMB-Gesetzesvorlage zu halten. So wurde unter anderem über zentrale Regelungen hinsichtlich solcher Tabubereiche, wie Heraufsetzung der Anteile zugunsten von Regierung und Gemeinden, Schaffung sektorübergreifender Gremien zur Verwaltung von Bodenschätzen, Eigentümerschaft indigener Gemeinden von Bodenschätzen innerhalb ihres Ahnenstammlandes, beraten und in der Gesetzesvorlage beibehalten. Aktuell wird das AMMB von 47 Abgeordneten des Repräsentantenhauses unterstützt. Eine ähnliche Gesetzesvorlage (HB 3126) wurde auch im Oberhaus, dem Senat, eingereicht.

Gestärkt durch die Entschlossenheit und koordinierten Anstrengungen ihrer Mitglieder ist SOS-YamangBayan nun bereit, einen Dreijahresplan zur Intensivierung der Kampagnen in Angriff zu nehmen, um das AMMB im Rahmen des nächsten Kongresses¹ zu verabschieden.

Anmerkung

1. Der philippinische Kongress wird sich im Zuge der nationalen Wahlen am 13. Mai 2013 zurückziehen und im Juni 2013 wieder zusammentreten. Für Juli wird dann der 16. Kongress einberufen.